

die Arbeiterklasse regiert werden kann und deshalb mit der Sozialdemokratie regiert werden muß. Im neuen Staat, den wir mitgestalten haben, müssen wir bereit sein, an der Verantwortung teilzunehmen. Wer uns davon ausschließen will, dem gilt unser Kampf.

Man konnte schon seit längerer Zeit beobachten, daß die anfängliche Unentschiedenheit, die innerhalb der SPD nach der Reichspräsidentenwahl Hindenburgs und besonders nach der Bildung des Bürgerblocks geherrscht hat, einem schroffen Kurs auf Unterstützung des Bürgerblocks gewichen ist. War es noch im vergangenen Jahre möglich, die SPD-Führer zu zwingen, den Volksentscheid mitzumachen, so verstellte sich in diesem Jahre der Widerstand des Parteivorstandes derart, daß selbst der gemeinsame Aufruf gegen den Stahlhelm abgelehnt wurde. Die Wels und Müller wiederholten die Politik, die sie während der Cunoregierung getrieben haben. Wie sie damals diese Politik bedingungslos unterstützten und jede Opposition innerhalb der SPD niederknüppelten, so versuchen sie es jetzt nicht anders.

Es gehört zu dieser Taktik, wenn der Parteivorstand einen Vorstoß über eine „konsequente Opposition“ schreiben läßt. Diese spiegelt zweifellos auch die Unzufriedenheit der überwiegenden Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter wider. Sein Maßstab ist aber nur als Manöver gedacht. Der Parteivorstand braucht diese Mastierung seiner Politik nicht nur deswegen, um die sozialdemokratische Unterstützung des Bürgerblocks und die zeitliche Koalition zu sichern, sondern auch dazu, um die „Linken“ auf die Plattform von Loebe zu locken, die gesamte Opposition dadurch zu erledigen und so die Arbeiter, die dieser Opposition folgen, an die Sozialdemokratische Partei zu fesseln.

Dah dem so ist, beweist die Aufnahme des Loebe-Artikels durch die „Linken“. Gerade in der Mittwochnummer der Chemnitzer Volksstimme ist ein flamender Begrüßungsartikel für Loebe erschienen. Der Verfasser, Karl Böchel, lobt den Artikel des Reichstagspräsidenten als die Oppositionsaufwindung. Schon diese Stellungnahme müßte bedenklich stimmen. Was aber weiter folgt, zeigt die ganze Hohlheit der „Linken“ Opposition. Was soll man sagen, wenn Böchel als die Aufgabe der Opposition folgendes bezeichnet:

Wir müssen in der Stellung unserer Aufgaben zurück bis zu dem Punkt, wo wir vor Jahren keinen Millimeter zurückweichen durften: Demokratisierung der Armee, Demokratisierung des Staatsapparates, Demokratisierung der Richter. Das ist vorläufig die eiserne Formel (!), die an der Spitze unseres Kampfes (!) steht!

Ein solcher Machtwort, der sich diese Aufgabe stellt! Inwiefern wird diese Forderung nicht freiwillig erhoben?

Heute müssen wir in die Opposition, ob wir wollen oder nicht, denn der Gegner diktiert uns die Formen des Klassenkampfes.

Nach all dem kann der Verlauf des Kleinen Reichstages nicht anders als im großen und ganzen vorhergesehen werden. Herr Loebe wird Oppositionsgeister machen und die „Linken“ werden sich unter seine Fittiche retten. Den Standpunkt, den die SPD-Arbeiter einnehmen, ihre Forderungen nach einem schroffen Bruch mit der Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik, werden von diesen Führern nicht vertreten werden. Andererseits ist es sicherlich, wenn alle SPD-Führer glauben, auf diese Weise die Opposition der sozialdemokratischen Arbeiter erledigen oder gar beschränken zu können. Die politischen Tatsachen bleiben, und sie wirken gegen die offene und verkappte Politik der SPD. Es ist Aufgabe unserer Parteigenossen, die Anfänge, die in den letzten zwei Jahren gemacht wurden, fortzuführen. Es gilt, konstant die SPD als Partei, und die Führer, die sich links drapieren, vor Entscheidungen zu stellen. Da wird es kein Entrinnen geben.

Sowohl die SPD durch ihren Apparat als Partei repräsentiert wird, wird sie gegen die Revolution und für die Bourgeoisie handeln. Nur wo es uns gelingt, die Arbeiter gegen diese Politik zu gewinnen, wird der Widerstand zu brechen sein. Die deutsche Arbeiterklasse, die vorwärts marschieren will, kann sich nicht zufrieden geben mit der Stagnation der Sozialdemokratie. Sie muß die sozialdemokratischen Arbeiter von dem Einfluß dieser Partei befreien; sie muß sie für den Klassenkampf und für die kommunistische Partei gewinnen.

Daß diese Aufgabe nicht leicht ist, zeigen die Zahlen. Daß sie bewältigt werden kann, zeigt die Entwicklung der SPD seit dem Kriege.

### Ein gerammtes SPD-Schiff

Die Wellen des Parteiwirbelns der SPD schlagen zur Zeit unmitttelbar vor dem Kleinen Reichstag sehr hoch. Vergeblich versucht ein „Schiff“, iont in ruhigeren Zeiten Vorwärtsredakteur, durch salbungsvolle Worte und sonstige ölige und schmierige Redensarten diese Wellen zu beänstigen. Die oppositionellen SPD-Wellen wollen sich aber nicht glätten lassen und freuen sich über jeden Unglücksfall, der diesem SPD-Kahn zutrifft.

Die oppositionelle Chemnitzer Volksstimme gibt der Deffektivität von einem Briefwechsel des Herrn Schiff vom Vorwärts mit der Redaktion des Volksstaats, dem Organ der alten Sozialdemokratie Sachsen, Kenntnis. Der Volksstaat hatte keine Spalten für einen Artikel des Herrn Schiff, den dieser gegen die sächsische Sozialdemokratie schrieb, geöffnet, weil sie der Verberzung war, daß dieser Artikel echten Volksstaat-Geist ausströme. Schiff verlangt nunmehr in seinem Brief für diesen Artikel Honorar. Und zur Bemerkung der Volksstaat-Redaktion schreibt er: „Sie behaupten, mein Artikel sei „voll Volksstaat-Geist“. So wenig ich verhehle, daß ich für die Politik der Dreiunabhängigkeit, solange sie innerhalb der Partei waren, weitgehendes Verständnis hatte, so sehr muß ich jede Gemeinschaft auch geistiger und tatsächlicher Art mit ihnen ablehnen, leitend sie sich außerhalb der Partei gestellt haben.“

Die Volksstaat-Redaktion hat den ihr zugeworfenen Stein aufgehoben und ihn nicht schlecht zurückgeworfen, indem sie erklärte, Herr Schiff hätte die obige Äußerung doch besser unterlassen sollen: „Kommen Sie doch damit ein, daß es Ihnen weniger auf den sächsischen Gehalt und Wert einer Erscheinung, zu der Sie Stellung nehmen, ankommt, als darauf, wie das Parteibuch aussieht, das Sie vorzuweisen vermögen.“

Die Chemnitzer Volksstimme freut sich über diese Abfuhr des Herrn Schiff ganz unüberdünnt. Auch ihr will scheinen, daß nicht der Volksstaat, sondern der Genosse Victor Schiff der Blamierung bei der Geschichte ist. Mit seiner Äußerung beweist Schiff nur, daß er auch heute noch für die Politik der Ritzsch, Heldt und Max Müller weitgehendes Verständnis hat und nur deshalb die Verbindungen mit ihnen unterbrochen hat, weil sie einen eigenen Laden aufgemacht haben.

Man kann die Freude der Opposition innerhalb der SPD sehr gut verstehen, wenn man weiß, mit welchen gemeinen Mitteln der sozialdemokratische Parteivorstand versucht, die sächsischen sogenannten „Neusozialisten“ abzuwürgen. Sein Vorhaben in Halle war ein kleines Vorpiel, dem Frankfurt und die sächsische Oppositionspresse folgen soll. Der sozialdemokratische Parteivorstand will die Opposition in der SPD mundtot machen, das beste Zeichen dafür, welchen Kurs die SPD auch in Zukunft steuern wird.

### Keine Erledigung der Anhehlohnordnung

Rechtsnationales Manöver um das Kinderjudenrecht. Von der Mehrheit des Rechtsausschusses wurde auch in der letzten Sitzung eine Beratung des kommunikativen Antrages um die Änderung der Richtlinien über die Anhehlohnordnung der Staats- und Gemeinbediensteten im Sinne der Forderungen des Gemeinbedienstetenverbandes abgelehnt.

Die bürgerlichen Parteien — einschließlich der alten Sozialdemokraten sowie auch der Vertreter der Regierung — er-

# Das wahre Gesicht der Kulturreaktion

Bürgerblock verlangt Verbote von Theateraufführungen, wissenschaftlichen Vorträgen, Kunstausstellungen und jugendpflegerischen Darbietungen.

(APFD) Berlin, 13. Mai 1927.

Der Reichstag präsidierte am Freitag, nachdem der Nationalsozialist Frie über den jüdisch-marxistischen Polizeiterrord „Siedels“ gewettert hat, das Kulturteilgesetz durch. Bei Behandlung des § 1 zeigte sich das wahre Gesicht der kulturreaktionären Bürgerblöcke. Im Ausschuß hat die Regierung selbst erklärt, auch künstlerische Darbietungen, ernste Vorträge und andere Veranstaltungen, selbst in privaten Kreisen, fielen unter das Gesetz. Die Redner der Bürgerblockparteien schwören das frech ab. Nur der Bauer Trochmann fordert klar und eindeutig das Verbot von künstlerischen Darbietungen auf Grund des Kulturteilgesetzes. Selbstam beharrte es, als der Demokrat Brodau sich gegen das zweite Schand- und Schmutzgesetz wendete, trotzdem Herr Käl der Reichstater und die Demokratin Lüders die Stimmgeber dieses Gesetzes sind für die kommunistische Reaktion wie Genosse Rosenbaum nach, daß selbst die Berliner Polizei als Jüngerlein für schädlich halte. Der kommunistische Redner griff den Minister Keddell scharf an und hielt dem Bürgerblock sein Spiegelbild vor:

„Es ist eine elende Heuchelei des Bürgerblocks, solange vom Kampf gegen Schand und Schmutz zu sprechen, solange nicht jedes Kind sein eigenes Bett hat und solange nicht verheißt wird, daß Kinder das Pieschbedürfnis ihrer Eltern ansehen müssen!“

Für die Kritik an der deutschen Bourgeoisie erhält der kommunistische Redner vom Präsidenten Loebe zwei Ordnungsrufe.

Bei der Abstimmung ließ der Bürgerblock jede Maske fallen. Er lehnt gegen APFD, SPD und Demokraten ab, politische, soziale und weltanschauliche Darstellungen anzunehmen, wie es der kommunistische Antrag fordert. Er stimmt gegen die Herabsetzung des Mindestalters der Jugendlichen auf 16 Jahre. Er fordert sogar, daß Theater- und Lichtbildvorstellungen, literarische und wissenschaftliche Vorträge, Kunstausstellungen, Kunstschulen und Veranstaltungen an und von Kunstinitiaten sowie jugendpflegerische und volksbildnerische Darbietungen unter dieses Gesetz fallen.

Am Sonnabend um 12 Uhr mittags will man im Reichstag die „Jugendfürsorge“ fortsetzen.



Die griechische Genossin Alara Zeitin, die an einer Lungenentzündung schwer erkrankt ist.

klärten, daß jetzt endlich die schon lange versprochenen Reichsrichtlinien, nach denen man sich richten muß, erlassen werden. Wenn diese Richtlinien nun endlich kommen, darüber vermochte niemand Auskunft zu geben.

Ein von den Sozialdemokraten gestellter Antrag, die Richtlinien aufzuheben, wurde ebenfalls nicht beraten.

Die kommunistischen Vertreter stellten den Antrag, die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Richtlinien des Reiches den Forderungen der sächsischen Gemeinbediensteten entsprechen. Auch die Beratungen dieses Antrages wurden abgelehnt.

Damit zeigten die bürgerlichen Vertreter — einschließlich der USPD —, daß sie eine Verbesserung der vorliegenden Richtlinien nicht wollen.

Bei der Behandlung der Anträge über das Kinderjudenrecht zeigte sich, daß die Deutschnationalen gar nicht daran denken, das Kinderjudenrecht zu befestigen; sie begnügten sich mit der Annahme eines Antrages, der praktisch sehr wenig Bedeutung haben wird. Die Zwangsbestimmung über die Bildung von Jugendvereinigungen soll gemildert werden, so daß freiwillige Jugendvereinigungen gebildet werden können; wo dies jedoch nicht durchgeführt wird, bleibt die Zwangsbestimmung bestehen.

Der Antrag der Kommunisten auf Aufhebung des Gesetzes wurde abgelehnt; die Deutschnationalen zogen ihren Antrag zurück.

Zu einem Antrag, baldigst ein Polizeibeamtengesetz vorzulegen, gab die Regierung die Erklärung ab, dem Landtag ein solches Gesetz baldigst zu stellen.

### Nationalsozialistische Mordhege

Der baltische Beobachter bringt in seiner letzten Ausgabe die Reproduktion einer Photographie des Berliner Polizeipräsidenten Dr. Bernhard Weich unter der in Fettdruck gedruckten Schlagzeile: „So sieht er aus.“ Darunter steht:

Dr. Bernhard Weich, der jüdische Polizeipräsident von Berlin, Sohn des Vorstehers der Berliner Synagoge, Max Weich, sitzt im Auditorium der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums. Heute befehligt dieser Jude über das Schicksal ganz Berlins und übt seine „Wissenschaft“ in der Besorgung des erwachenden Deutschtums, der nationalsozialistischen Bewegung.

### Der Kongreß der Werttätigen

Der am 21. und 22. Mai in Dresden zusammentritt, ist Sammlung aller Kräfte der Unterdrückten und Ausgebeuteten gegen soziales Elend, politische Unterdrückung und

gegen die drohende Kriegsgefahr.

Werttätige Sachverständige! Arbeiter, Angestellte, Beamte, Klein-gewerbetreibende, Kleinbauern! Nehmt Stellung zum Kongreß der Werttätigen!

Wählt Delegierte!

### Die Kommunisten für Gehaltserhöhung der unteren und mittleren Beamten.

(APFD) Berlin, 13. Mai 1927.

Die kommunistische Fraktion hat heute im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

Bis zum Inkrafttreten der in Aussicht gestellten Regelung der Besoldungsordnung wird mit Wirkung vom 1. Mai 1927 den Beamten der Besoldungsgruppen 1 bis 4 ein monatlicher Zuschlag von 40 M., der Besoldungsgruppe 5 ein monatlicher Zuschlag von 35 M., der Besoldungsgruppe 6 ein monatlicher Zuschlag von 30 M., und der Besoldungsgruppe 7 ein monatlicher Zuschlag von 20 M. gezahlt.

Den Empfängern von Kriegsgehalt, Ruhegehalt, dem Familienbehalten, sowie den Kriegsbeschädigten und deren Hinterbliebenen sind die sich daraus ergebenden entsprechenden Zuschläge zu zahlen.

### Die Korinther und Kay-Banditen überfallen einen kommunistischen Abgeordneten.

Schlagererei im Reichstag.

Als am 13. Mai Genosse Pfeiffer den Reichstag betrat, wurde er in der Wandelhalle von sechs ultralinken Abgeordneten unter der Führung von Schlagererth überfallen. Schlagererth stürzte sich auf den Genossen Pfeiffer, schlug ihn mit der Faust und wargte ihn am Hals. Dieser Angriff war von den ultralinken planmäßig organisiert. Etwa eine Stunde lang hatten die Korinther am Eingang zum Plenum gewartet, bis Genosse Pfeiffer erschien. Bei dieser Aktion waren auch die Anhänger der Ruff-Ruffler-Gruppe beteiligt. Schloß rief, als Pfeiffer überfallen wurde: Pfeiffer sei vollkommen recht geblieben, man müsse ihm den Schädel einschlagen.

Als Ursache geben die Korinther an, daß sie von dem kommunistischen Abgeordneten bekommen und wegen des Mandatsverlustes zur Verantwortung gezogen worden seien.

Dieses Vorgehen der Mandatsräuber zeigt die Geheulen aller Korinther als konterrevolutionäres Gesindel. Erst nachdem die Partei die Mandate, jetzt überfallen sie die Abgeordneten der Partei. Die Empörung der Arbeiter über diese Verbrechen durch ihren neuesten Streich nur noch gesteigert werden.

### 730 000 Mark für Luftschiffahrt

Bei der Beratung des Etatkapitels hat der Landtag die Mehrheit eine Forderung nach 400 000 M. zur Unterstützung der Derofahrt abgelehnt. Die Mehrheit des Landtages vertritt den Standpunkt, daß die Gelder für die Luftschiffahrtsgesellschaft einem besseren Zweck zugeführt werden könnten. Für die sächsische Bürgerblockregierung bedeutet die Ablehnung der geforderten Summe eine Niederlage, die von dieser Regierung aber so eingeleitet wurde wie manche andere Niederlagen.

Die Regierung hat jetzt dem Landtag eine Gesetzesvorlage überreicht, in der die Regierung die damals geforderte Summe zur neuen Bewilligung verlangt. Die Regierung will die über im Etat eingeleitete Summe von 400 000 M. und darüber hinaus 730 000 M. Neueinstellung für einen weltweiten Ausbau der Luftschiffahrt in späterer Zeit.

Die Regierung kann eine solche Vorlage nur einbringen, weil sie sich mit den Regierungsparteien verständigt hat. Aus der Front der USPD, der Antimilitaristen und Nationalsozialisten muß seit der Abstimmung wieder eine Gruppe abgetrennt werden, die die sächsische Gesellschaft umgefallen ist. Die SPD wird die Vorlage auf das Schärfste bekämpfen. Die SPD verlangt, daß die Gelder für soziale Zwecke verwendet werden. Wir wollen Kinderfürsorge, Schulspendungen, Rütter- und Säuglingsfürsorge. Entscheidend ist auch, daß die Regierung erst vor wenigen Tagen bei der Beratung über das Kinderjudenrecht und einen anderen Antrag zur Unterstützung der Kleinbauern erklärte, dazu sei kein Geld da. Statt dessen soll die „Verpflichtung“ unterstützt werden.

### Amerika und die Flottenabrüstung

Neunorf, 12. Mai. (Telefon)

Die nach Londoner Meldungen erfolgte englisch-japanische Einigung über das Flottenabrüstungsprogramm wird von den amerikanischen Marineoffizieren völlig ablehnend beurteilt.

### Vom Tage

Drei Leichen aus der Mulde geborgen.

Burg. Aus dem Waller der Mulde wurden hier drei Leichen geborgen. In der einen erkannte man einen kürzlich ertrunkenen Arbeiter. Bei der zweiten handelt es sich um einen seit Anfang Mai vermissten Teppichweber. Man nimmt an, daß er herab und in die Mulde geworfen worden ist. Der dritte Tote hatte eine Schlinge um den Hals, einen Knebel im Munde und eine Schutzwanne über dem linken Auge. In diesem Falle liegt zweifellos auch ein Verbrechen vor.

Schweres Schiffsunglück.

Berlin. Wie die Morgenblätter aus Madras melden, ist infolge eines plötzlich auftretenden Sturmes in der Nähe von Cuttack ein indisches Frachtschiff gesunken, wobei 50 Personen ums Leben gekommen sind.

In den Flammen umgekommen.

Lübeck. In Fohlenleuchte am Radeburger See brach Donnerstag nachmittags in einem von zwei Familien bewohnten Haus Feuer aus, das infolge der Strohdachung schnell um sich griff. Ein 23-jähriges Mädchen kam in den Flammen um.

Der Mississippi-Deich bei Vanou de Glaises gebrochen.

Neunorf. Der Deich bei Vanou de Glaises ist, wie beklüchtet werden mußte, eingestürzt und die Wassermengen des Mississippi stürzen auf einer Strecke von etwa einem Kilometer in das Hinterland. Rund 10 000 Quadratmeilen Kulturland sind verloren. Die Räumung des gefährdeten Gebietes war seit einigen Tagen in großer Eile durchgeführt worden. Ob neue Menschenverluste zu verzeichnen sind, ist noch nicht bekannt.

Zwei Bauarbeiter tödlich abgehür.

Hamborn. Bei dem Hospitalsneubau in Hamborn stürzte Donnerstag zwei junge Arbeiter bei Montierungsarbeiten von dem 40 Meter hohen Turm des Hauses tödlich ab.

Die „Los Angeles“ ohne Spur von den Fliegern.

Neunorf. Das Luftschiff „Los Angeles“, das gestern bei ausgezeichnetem Wetter aufgestiegen ist und sich augenblicklich auf der Höhe von Long Island befindet, wird die Suche nach den beiden französischen Fliegern bis Kanada ausdehnen. Bislang hat das Luftschiff keine Spur der Flieger entdeckt.

Kriegsfeuer auf dem Warschauer Ostbahnhof.

Warschau. Gestern morgen entstand in den mechanischen Werken und den Voranlagen des Warschauer Ostbahnhofs ein Feuer, das erst nach mehrstündiger Arbeit der Feuerwehr gelöscht werden konnte. Dem Brande sind drei große Sägemühlgebäude und 27 Personenwagen, eine Lokomotive und die Salonwagen des Staatspräsidenten wie des Warschauer Bischofs zum Opfer gefallen. Der Schaden wird auf 5 Millionen Zloty geschätzt.

Hungersnot im Karstlande.

Einer Morgenblättermeldung aus Belgrad zufolge ist in vielen Bezirken der Herzegowina infolge der Kollase der Landwirtschaft Hungersnot ausgebrochen. Im Dork, Puzice und drei Bauern Hungers gestorben. Auch in anderen Bezirken hat die Hungersnot solchen Umfang angenommen, daß viele Leute im Sterben liegen. Die Behörden haben die Regierung um Hilfe gebeten.